

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Vorstand)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsans. 25 Pf., Familienans. 15 Pf.
 Vereinsans. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
 Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4730

Nr. 50.

Berlin, Sonnabend, 21. Juni 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Eine Lohnbewegung auf den deutschen Schiffswerften. — Die Steuerbelastung in Deutschland und England. — Arbeitersekretariate. — Allgemeine Mundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Eine Lohnbewegung auf den deutschen Schiffswerften.

Vor knapp drei Jahren tobte in den deutschen Schiffstädten ein gewaltiger Kampf, der zwei Monate die Schiffswerften bradlegte und den Nationalvermögen ungeheure Verluste brachte. Im Oktober 1910 wurde dann der Friede geschlossen, der den Arbeitern zwar nicht die Erfüllung aller ihrer Forderungen, aber doch manderlei Erfolge brachte. Ueber eine Reihe von Jahren wurde keine Entscheidung getroffen; ihre Erledigung wurde örtlichen Verhandlungen überlassen. Leider haben die weiteren Beratungen nicht zu derartigen Resultaten geführt, daß die Werftarbeiter Anlaß hätten, mit ihren Arbeitsverhältnissen zufrieden zu sein. Vielmehr haben die getroffenen Vereinbarungen bei den Werften eine Auslegung erfahren, die sich die Arbeiter einfach nicht gefallen lassen können, weil sie den im Verhandlungsprotokoll ausgesprochenen Grundsätzen direkt zuwiderläuft. Darüber besteht unter den Werftarbeitern große Unzufriedenheit, die noch vergrößert worden ist dadurch, daß namentlich die Einstellungslohne derartig niedrig sind, daß die Arbeiter damit bei den teuren Lebensverhältnissen unmöglich auskommen können.

In zahlreichen Versammlungen sind diese Dinge besprochen worden. Auch unsere Kollegen haben Stellung dazu genommen, und nach den bei den Hauptvorständen eingegangenen Berichten erwies es sich als notwendig, die Vertrauensmänner in den in Betracht kommenden Orten zu Weisungen einzuladen, die in Stuttgart und Hamburg stattgefunden haben und an denen neben Vertretern der beteiligten Gewerkevereine auch ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses teilgenommen hat. Diese Konferenzen hatten lediglich einen informativsten Charakter. In einer späteren Zusammenkunft von Vertretern der beteiligten Hauptvorstände und den in den Werkstätten anwesenden Beamten hat man sich dann über die Forderungen geeinigt, mit denen man eventuell an die Werften herantreten könnte. Um ein möglichst einheitliches Vorgehen der Arbeiter zustande zu bringen, haben wir uns dann mit der Werkkommission der freien Gewerkschaften in Verbindung gesetzt. Dem Gesamtverbande der Metallindustriellen ist dann am 16. Juni mitgeteilt worden, daß an den einzelnen Werkstätten Forderungen gestellt werden, und die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Zentrale den Untergruppen örtliche Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen empfehlen möge.

Die Forderungen der Arbeiter betreffen in der Hauptsache die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne. Anstatt der bisher noch üblichen 55- und 56stündigen wöchentlichen Arbeitszeit wird eine solche von 53 Stunden gefordert. In den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung eintreten.

Diese Verkürzung der Arbeitszeit soll aber keine Lohnminderung zur Folge haben, sondern die Löhne sollen entsprechend umgerechnet werden. Außerdem aber wird eine allgemeine Erhöhung der Löhne gefordert, und zwar bei den überaus niedrigen Einstellungslohnen bis zu 8 Pf. pro Stunde, bei den Stundenlohnen bis zu 7 Pf. Die Einstellungslohne sollen ferner nur von 0,10 bis 0,15 berechnet werden; nach vierwöchiger Be-

schäftigung soll der eigentliche Lohn in Kraft treten. Eine einheitliche Forderung konnte da nicht gestellt werden, weil die örtlichen Verhältnisse mit in Betracht gezogen werden müssen.

Die Entschädigung für Überstunden, Nachtarbeit und Wechselrichter soll einer Neuregelung unterworfen werden.

Zu vielfachen Klagen hat die Affordarbeit Anlaß gegeben. Die Afforde sind zu lang. Sie werden häufig zu niedrig kalkuliert, und es bedarf erst vielfacher Reklamationen seitens der Arbeiter, um einen angemessenen Affordüberschuß erzielen zu können. Auch nach dieser Richtung hin sollen feste Verhältnisse geschaffen werden. Allzulange Afforde sollen geteilt, und wenn dies nicht möglich ist, soll wenigstens alle 14 Tage eine Abschlagszahlung vom Afford zum Lohn ausgezahlt werden. Vor allen Dingen aber soll der Arbeiter, wenn er keine Beschäftigung ausübt, seinen vollen Anteil an den verdienten Überstunden der noch unvollendeten Affordarbeit erhalten. Bezüglich der Lohnzahlung wird ferner gewünscht, daß diese bei Schluß der Arbeitszeit beendet ist.

Aneben sind noch einige andere Forderungen gestellt. Die Zusammenlegung der Arbeiterschlüsse entpricht nicht den Wünschen der Arbeiter. Zurzeit haben die Werften das Recht, einen Teil der Arbeiterauschüßmitglieder zu ernennen. Das soll für die Zukunft aufhören. Die Arbeiterauschüsse sollen vielmehr von den im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeitern nach der Verhältnisse gewählt werden.

Auch die Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben lassen vielfach viel zu wünschen übrig. Die Zahl der Unfälle im Schiffsbau ist auffallend groß. Deshalb verlangen die Arbeiter mit Recht Abhilfe, und mit besonderem Nachdruck wird von unsern Kollegen gefordert, daß der Gerüstbau nicht mehr im Afford hergestellt werden darf. Zum erstenmal ist auch in den Forderungen von der Gewährung eines Ferienurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes die Rede. Wenn man bedenkt, daß in zahlreichen anderen Betrieben eine derartige Einrichtung besteht, so wird man auch diese Forderung nicht als eine übertriebene ansehen können.

Wir haben uns darauf beschränkt, die Forderungen der Werftarbeiter ganz knapp zu skizzieren. Auf Einzelheiten konnten wir nicht eingehen, weil mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse auch an den einzelnen Orten die Forderungen verschieden hoch sein werden. Jedenfalls steht fest, daß die Arbeitsverhältnisse auf den deutschen Schiffswerften dringend der Verbesserung bedürfen. Die Arbeiter haben sich mit ihren Forderungen durchaus im Rahmen des Erreichbaren gehalten. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, daß die Unternehmer sich den berechtigten Wünschen nicht verschließen, sondern daß sie sich mit den Arbeitern zusammensetzen und mit ihnen in eine Beratung eintreten. Dann wird sich bei beiderseitigem guten Willen sicherlich ein Weg der Verständigung finden. Beide Teile haben ein lebhaftes Interesse daran, daß diese Bewegung sich in friedlichen Bahnen vollzieht und daß nicht wieder zwecklos so schwere Opfer gebracht werden müssen wie vor drei Jahren.

Die Steuerbelastung in Deutschland und England.

Jedesmal, wenn es gilt, dem deutschen Volke eine neue Steuerlast aufzubürden, dann kommen die Steuerfreunde und berechnen, daß der Deutsche sehr wohl in der Lage sei, dieselbe zu tragen, weil ja in anderen Ländern eine viel größere Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung komme.

Dafür werden dann auch Zahlen angeführt, die jene Behauptung auf den ersten Blick stützen; geht man aber der Sache näher auf den Grund, dann erhält man doch ein anderes Bild. In der „Königsberger Gart. Ztg.“ behandelt Dr. Herzog diese Frage und weist nach, daß die wirkliche Belastung in Deutschland viel höher ist, als die von den Steuerbefürwortern angeführten Zahlen es erkennen lassen.

Als im Jahre 1907 zur Durchführung der Finanzreform Fürst Bülow eine Denkschrift herausgab, da wurde auf den Kopf der deutschen Bevölkerung berechnet für direkte Steuern 24,24 Mk., Verbrauchs- und Aufwandsteuern 19 Mk., Verkehrsabgaben 4,21 Mk., Erbschaftsteuern 0,72 Mk., insgesamt 48,17 Mk. Nach den letzten Veröffentlichungen betragen die direkten Steuern 30,89 Mk., Verbrauchs- und Aufwandsteuern 24,93 Mk., Verkehrsabgaben 5,92 Mk., Erbschaftsteuern 0,95 Mk., insgesamt 62,69 Mk. In dem Zeitraum von fünf Jahren sind die Steuern pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland also insgesamt um 14,52 Mk. gestiegen. Bei den direkten Steuern beträgt die Steigerung 6,65 Mk., bei den indirekten 7,87 Mk. Mit andern Worten: die indirekten Steuern sind stärker gestiegen als die direkten. Während der Anteil der letzteren am Gesamtsteuereinkommen 1907 noch 50,1 Proz. betrug, machten sie 1912 nur noch 49,22 Proz. aus.

Ein ganz anderes Bild bietet England. Durch direkte und Erbschaftsteuern wurden dieselben pro Kopf der Bevölkerung im Rechnungsjahr 1904/05 54 Mk., durch die übrigen Steuern 41,80 Mk., im ganzen also 95,80 Mk. aufgebracht. Nach den amtlichen Angaben ist auch dort die Steuerlast auf 106,07, d. h. um 9,27 Mk. gestiegen. Die Steigerung ist also im ganzen lange nicht so stark wie bei uns. Außerdem aber muß berücksichtigt werden, daß in England die direkten und die Erbschaftsteuern von 54 Mk. auf 70,93 Mk. gestiegen sind. Daraus muß man schließen, daß die Verbrauchs-, Aufwands- und Verkehrsabgaben um 7,66 Mk. gesunken sind. Die Ursache dafür erblickt Dr. Herzog darin, daß man in der Lage war, den Lezoll herunterzusetzen, den zur Deckung der Burenkriegsschuld eingeführten Kohlenausfuhrzoll aufzuheben und die Zudersteuernzuschläge zu vermindern. In der Tat würde man darin eine Herabsetzung der Verbrauchssteuern abgeben erblicken können.

Vor Bedeutung ist auch, daß England trotzdem einen Staatsüberschuß von 150 Millionen gehabt hat, daß es jetzt erst die Sozialversicherung eingeführt und außerordentlich hohe Summen für die innere Kolonisation verwendet hat. Bei uns dagegen ist die Schuldenlast immer größer geworden. Auch das muß mit in Berücksichtigung gezogen werden.

Vor allen Dingen aber darf man nicht vergessen, daß von den Verbrauchs- und Aufwandsteuern in England nur die eigentlichen Genussmittel, nicht aber die notwendigen Nahrungsmittel betroffen werden, während bei uns gerade die allernotwendigsten Bedürfnisse durch Steuern und Zölle beunruhigt werden. Das zeigt deutlich folgende Zusammenstellung: Von allen Zolleinnahmen fallen, in Prozenten gerechnet, in

	Deutschland	England
auf notwendige Lebensmittel	44,9	—
auf Genussmittel	16,2	100
auf Heiz- u. Beleuchtungsmitel	13,5	—
auf Rohstoffe u. Fabrikate	25,4	—

Jeder Zusatz würde die Bedeutung dieser Zahlen nur abschwächen. Das bei uns herrschende

Schulzsystem führt aber nicht nur der Reichs-Fasse Einnahmen zu, die eben in obigen Zahlen zum Ausdruck kommen, sondern es hat auch noch die Wirkung, daß im Lande selbst die Lebensmittel und andere Bedarfsartikel durch die Zölle teurer werden. Die dadurch mehr aufgewandten Mittel kommen nicht der Reichskasse zugute, sondern sie fließen in die Taschen der Privatien, insbesondere der Agrarier. Prof. Lujo Brentano hat einmal berechnet, daß die Zolleinnahmen für die vier Getreidearten auf den Kopf der Bevölkerung 2,45 Mark ausmachten, daß aber in die Taschen der Agrarier dann noch weitere 17,46 Mk. fließen. Durch unsere Schutzollpolitik werden aber weiterhin die ärmsten Schichten der Bevölkerung am meisten getroffen und zwar umso schwerer, je stärker die Familien sind.

Wenn man alle diese Tatsachen mit in Betracht zieht, so zeigt sich deutlich, daß die Gegenüberstellung der Steuerlücken in den einzelnen Ländern an sich kein Bild gibt von der Last, die auf dem Einzelnen ruht. Die Verteilung der Steuern ist die Hauptfrage, und sie ist gerade im Deutschen Reich sehr zu Ungunsten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten ausgefallen.

Arbeitersekretariate.

Zu dieser von uns in Nr. 47 angechnittenen Frage ist uns eine Zuschrift zugegangen, die wir angesichts der Bedeutung der Angelegenheit veröffentlicht zu sollen glauben. Es heißt darin: Die Errichtung von Arbeitersekretariaten ist eine dringende Notwendigkeit; darüber sind sich wohl alle Gewervereinskollegen einig. Auch der Verbandstag hat dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Nach meiner Auffassung aber hat nicht die Lösung gefunden, die der Bedeutung der Sache entspricht, sonst hätte unbedingt ein Weg gefunden werden müssen, auf dem wenigstens die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden können. Alles dem Opfermut der Mitglieder überlassen und gute Ratschläge geben, das nützt nichts, namentlich dann nicht, wenn diese Ratschläge nicht durchzuführen sind. Man hört sie mit an, dann verhallen sie; es geht die nächsten Jahre so weiter, und die Seilandsbewegung leidet darunter. Das darf nicht geschehen, und da die Frage der Arbeitersekretariate so wichtig ist, darf sie nicht eher wieder aus der Diskussion verschwinden, bis sie eine befriedigende Lösung gefunden hat. Die dem Zweck sollen auch diese Zeilen dienen.

Ich möchte meinerseits auch ein paar Ratschläge geben, welche die Möglichkeit bieten, daß sie auch durchgeführt werden können. Auch ich will an den Opfermut appellieren. Aber nicht nur die Mitglieder müssen opfermütig sein, sondern auch die Leitungen der Gewerkschaften. Sie müssen das hergeben, was fehlt für die Errichtung eines Arbeitersekretariats, dort, wo die Zahl der Mitglieder nicht 1200 beträgt, aber durch die Errichtung eines Sekretariats in zwei bis drei Jahren gewonnen werden kann. Für unsern Bezirk denke ich mir die Sache so: Der Ortsverband Elberfeld-Barmen mit Reichsheim und Lennep hat 500 Mitglieder. Darunter befinden sich eine ganze Anzahl tüchtiger und opferwilliger Kollegen, die aber den andern Organisationen gegenüber mit ihrem großen Beamtenapparat ohnmächtig sind. Ein den Verhältnissen gewachsener Beamter könnte bei tatkräftiger Unterstützung durch alle in Frage kommenden Kollegen es sehr wohl dahin bringen, daß in zwei bis drei Jahren die Mitgliederzahl so gesteigert wird, daß sie ausreicht, ein Arbeitersekretariat selbstständig zu unterhalten. Die von der Zentralleitung jetzt geforderten Auslagen werden später durch die höhere Mitgliederzahl wieder wettgemacht.

Aber auch die Hauptvorstände der einzelnen Gewerkschaften müssen Opfer bringen. Im Buppertale kommen fast alle Berufe in Frage. Sollte es da unmöglich sein, daß seitens der Hauptvorstände, sagen wir einmal auf drei Jahre, eine Beihilfe geleistet würde? Die Rechnung würde dann etwa so lauten: Bei 500 Mitgliedern und 5 Bg. Sekretariatsbeitrag kommen das Jahr rund 1300 Mk. zusammen. Als Beihilfe hätten die Maschinenbauer pro Jahr zu zahlen 350 Mk., die Holzarbeiter 350 Mk., die Schneider 350 Mk., die Fabrik- und Sanitärarbeiter 350 Mk., die Zertilarbeiter 350 Mk., die Gemeindeglieder 100 Mk., die Lederarbeiter 50 Mk. und die Maler und graphischen Berufe 50 Mk. Auch die Bauarbeiter dürften ruhig einen Jahresbeitrag von 100 Mk. zahlen, da es für einen Sekretär leicht wäre, im bergischen Lande Ortsvereine der Bauhandwerker zu gründen. Wenn dann die Zentralleitung noch 100 Mk. für drei Jahre zugebe, so wären wir am langernosten Ziele angelangt, und wir könnten mit erneueter Kraft an die Agitation für unsere Sache herangehen.

Wenn in dem Artikel des „Gewerksverein“ besonders auf die notwendigen Fähigkeiten des Beamten hingewiesen wurde, so war mir das aus der Seele gesprochen. Der Beste ist gerade gut genug für einen solchen Posten. Vor allen Dingen muß es der Mann verstehen, sich allseitig Vertrauen zu erwerben. Er muß ein ganzer Mann sein, und ich bin überzeugt, daß wir ihn auch in unsern Reihen finden werden. Welchem Berufe er angehört, das ist ganz gleichgültig. Die Hauptfrage ist, daß ein Arbeitersekreter tüchtig ist, sich mit voller Hingabe seinem Amte widmet und für die Stärkung aller Ortsvereine eintreten will. Nur so können wir die Grundlage zu einer schrittweisen, aber sicheren Fortentwicklung schaffen, so besteht die Möglichkeit, eine Anzahl von Sekretariaten zu schaffen, die später auf eigenen Füßen stehen können. Also frisch ans Werk! Frisch gewagt ist bald gewonnen. A. L. Elberfeld.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben diese Zuschrift veröffentlicht, obgleich wir die darin zutage tretenden Ansichten nicht billigen können. Was der Kollege aus Elberfeld schreibt, könnte jeder andere kleinere Ortsverband ebenfalls für sich anführen. So geht es eben nicht. Die einzelnen Gewerkschaften sind durch die Anstellung von Berufsbeamten so in Anspruch genommen und belastet, daß man es ihnen einfach nicht zumuten kann, weiterhin noch so große Opfer für Verbandsekretariate zu bringen. Denn was den Elberfeldern recht ist, ist den andern billig. Ebenso könnten in andern Bezirken, wo ein Arbeitersekretariat ebenso tut, dieselben Forderungen gestellt werden. Von dem, was in unserm Artikel über die Arbeitersekretariate gesagt ist, kann nichts zurückgenommen werden. Dabei muß es bleiben, namentlich da ja auch der Verbandstag seine endgültige Entscheidung getroffen hat, an der sich vorläufig nichts ändern läßt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. Juni 1913.

Der um den Frieden im Kalgewerbe hochverdiente Gewerkschaftsdirektor Dr. Brenner-München äußert sich in einem Schreiben an die tarifbeteiligten Organisationen, daß er von Arbeitgeber- und Arbeiterseite viele Anfragen über Auslegung des neuen Tarifs bekomme. Er müsse es für bedenklich halten, wenn die bisherigen Unparteiischen, sei es einzeln, sei es gemeinschaftlich, hierzu ihre Meinung äußern wollten. Mit Annahme der Schiedsprüche je der Tariff perfekt geworden, das Amt der Unparteiischen erloschen. Wo sich über Vollzug und Auslegung des Vertrages Streitigkeiten ergäben, müßten darüber die im Tarifvertrag vorgesehenen Instanzen entscheiden. Es müsse daher das Haupttarifamt sofort einberufen werden, das die aufgeworfenen allgemeinen Streitfragen zu erledigen habe. Dr. Brenner erklärt, er wünsche von Herzen ein geeichtes Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter; auch sei er bereit, alle diesbezüglichen Bestrebungen trotz mancher Enttäuschung nach wie vor zu fördern, über den Wiedereintritt in das Haupttarifamt könne er sich aber so lange nicht endgültig äußern, als nicht auch von Gehilfen Seite seine Mitwirkung im Haupttarifamt gewünscht werde.

Daß die am Tarife beteiligten Organisationen der Gehilfen den Wiedereintritt Dr. Brenners und auch der beiden andern Unparteiischen dringend wünschen, steht außer Frage.

Ein Erlass des Kaisers zur Jugendpflege ist während der Jubiläumsfeierlichkeiten veröffentlicht worden. Darin wird die Anerkennung ausgesprochen für die in kurzer Zeit erzielten Erfolge und der Wunsch, daß diese Bestrebungen auch weiterhin gefördert werden. Der Kaiser selbst hat sein Interesse und seinen Beistand zur Förderung des Strebens darin in Aussicht gestellt. Die „Soz. Praxis“ verpricht sich von dem Geiste, der aus diesem Erlasse spricht, auch für die sozialpolitischen Bestrebungen zugunsten der schulfähigen arbeitenden Jugend fräftige Förderung und schreibt: „Denn Vorbedingung für die körperliche und geistige Wohlfahrt der Jugend, die gewonnen ist, aus der Volksschule folgende in die Erwerbstätigkeit einzutreten, ist eine verständige Beschränkung dieser Arbeitlasten, bis der jugendliche Organismus ausgereift und tragfähiger geworden ist, und Gewährung hinreichender Ruhe zur leiblichen und geistigen Entfaltung des jungen Menschen. Darum werden auch der Handelsminister und der Staatssekretär des Innern ihrerseits beitragen müssen, damit dieser an den Kultusminister gerichtete Erlass in allen Stufen im Sinne seines hohen und heilsamen Erfüllung finde! Dazu dürfte vor allem auch die Ausdehnung des Schulalters für jugendliche Fabrikarbeiter bis auf achtzehn Jahre, d. h. auf die Dauer der Fortbildungspflicht, gehören. Es sei als Jubiläumserinnerung bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis zurückgerufen, daß die

Reichsregierung bereits im Jahre 1890 auf das Programm der ersten internationalen Arbeiterkongressen, die der junge Kaiser nach Berlin einberief, die Frage der Schulerhöhung bis zu 18 Jahren gestellt hat. Damals stimmte Deutschland mit sieben andern Staaten dafür, daß den jungen Männern von 16-18 Jahren Schutz gewährt werde in Betreff a) eines Maximalarbeitsalters, b) der Nachtarbeit, c) der Sonntagsarbeit, d) ihrer Verwendung bei besonders unangenehmen oder gefährlichen Arbeiten (Mittliche Protokolle S. 75, 76 und 80). Heute, fast 25 Jahre nach jenem grundfäßlichen Beschlusse, dürfte die Frage für Deutschland wohl auch in der Praxis spruchreif sein.“

Wir wollen hoffen, daß diese Erwartungen der „Soz. Praxis“ sich im vollsten Maße erfüllen.

Ueber die Versicherungspflicht der von deutschen Firmen in ausländischen Filialen beschäftigten Angestellten hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Entscheidung getroffen, daß eine solche stets dann vorliege, wenn das Stammgeschäft und die Filialen ein e i n e m Rechtssubjekt gehören, der Sitz oder die geschäftliche Hauptniederlassung dieses Rechtsinhabers im Inland gelegen ist, die Anstellung mindestens der leitenden Personen der Filialen vom Inland aus erfolgt und der Verwaltung des Hauptbetriebes ein Recht auf eine Einwirkung auf die Verwaltung der Filiale zuteilt. Die Angestellten einer solchen Filiale sollen dann versicherungspflichtig sein, gleichviel, ob sie in Län d e r oder A u s l ä n d e r sind.

Da diese Merkmale fast auf alle ausländischen Filialen deutscher Betriebe zutreffen, würden alle von diesen Filialen beschäftigten Angestellten, deren ihr Gehalt 5000 Mk. nicht übersteigt, versicherungspflichtig sein. Wenn also z. B. eine deutsche Firma in Südamerika oder Ostasien oder Australien eine Filiale hat, so müßte sie nicht nur ihre dort beschäftigten deutschen Angestellten, sondern auch die ausländischen der Reichsversicherungsanstalt anmelden und monatlich die Beiträge zahlen. Andererseits haben aber die im Ausland tätigen weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht. Vor allen Dingen ruht bei Arbeitsunfähigkeit der Anspruch auf Rente solange, als sich der Berechtigte ohne Zustimmung des Rentenausschusses gewöhnlich im Ausland aufhält. Es ist aber nicht zu erwarten, daß etwa ein in der Filiale einer deutschen Gesellschaft in Buenos Aires angestellter Argentinier, wenn er erwerbsunfähig wird, sich nach Deutschland bezieht, damit er dort seine Rente erhalten kann. Sicher ist aber jedenfalls zu erwarten, daß die im Ausland Angestellten sich weigern werden, Beiträge für eine Versicherung zu bezahlen, die für sie vollkommen zwecklos ist.

Die Auffassung der Reichsversicherungsanstalt steht im direkten Gegenjag zur bisherigen Rechtsprechung und vor allen Dingen auch der Praxis des Reichsversicherungsamts, das bisher den Standpunkt vertreten hat, daß nur bei vorübergehender Beschäftigung im Ausland die Versicherung fortzuwahren soll. „Der Allgemeine Versicherungs-Schutzverband“ in Köln hat daher in Auftrage einer großen Zahl industrieller Betriebe an die Reichsversicherungsanstalt eine Eingabe mit der dringenden Bitte gerichtet, es bei der bisherigen Praxis des Reichsversicherungsamts zu belassen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Seidenfärber in Krefeld zieht seine Kreise immer weiter. Leider ist es auch an verschiedenen Orten zu heftigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht gekommen. Die Arbeiter weigern sich überall ganz entschieden, Streikarbeit für Krefeld zu machen. Selbst bis nach Italien hat die Bewegung übergegriffen. In Como lehnt man ebenfalls Streikarbeit für die Schweiz und Krefeld ab und hat beschlossen, gegebenenfalls den Generalstreik zu proklamieren. Trotz der gewaltigen Erbitterung, die durch alle diese Dinge hervorgerufen worden ist, haben die Arbeiter von neuem ihre Friedensliebe bekundet. Die Organisationen haben neue Einigungsverhandlungen angebahnt, aber bei den Unternehmern kein Entgegenkommen gefunden. Der Gewerbetariff in Krefeld hat vom Unternehmerverband auf sein Vermittlungsangebot den Beiseid erhalten, daß man dasselbe ablehnen müsse, weil ein großer Teil der früheren Arbeiter bereits die Arbeit wieder aufgenommen und von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarif anerkannt habe. Die Unternehmer seien bis an die Grenze des Möglichen gegangen und könnten keine weiteren Zugeständnisse mehr machen. Vor Schluß der Redaktion wird uns noch mitgeteilt, daß die ausständigen Färber in einer Verammlung zwar die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt, dagegen beschlossen hätten, mit den Färbereibesitzern in Verhandlungen zu treten, bei denen zur Be-

dingung gemacht werden soll, daß keine Maßregelungen stattfinden und alle Umständen die Arbeit in den nächsten zwei bis drei Wochen wieder aufnehmen dürfen. — In der Waggonfabrik von Crede u. Co. in Niederrhein bei Kassel hat etwa die Hälfte der Arbeiter ihre Kündigung eingereicht, weil die Firma die Erhöhung des Stundenlohns um 4 Pfg. und eine Arbeitszeitverkürzung abgelehnt hat. — In der Spielwarenindustrie zu Sonneberg i. Thür. bestehen seit längerer Zeit tiefgehende Differenzen, die zur Arbeitsniederlegung der Bader und Hilfsarbeiter geführt und die Unternehmer veranlaßt haben, die allgemeine Aussperrung anzudrohen. Die bisherigen Einigungsversuche sind leider gescheitert, und so haben jetzt die Fabrikanten beidseitig, die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Aufnahme der Arbeit unterlassen, auf die Dauer eines Jahres auszusperrt! — In Bocholt am Niederrhein haben, wie wir bereits mitteilen, die meistens im christlichen Textilarbeiterverbände organisierten Textilarbeiter Forderungen gestellt, auf welche die Fabrikanten mit der Androhung der Aussperrung antworteten. Sie haben jetzt bekannt gegeben, daß die Aussperrung sofort vorgenommen wird, wenn nicht bis nach Ablauf der Kündigungsfrist, am 21. bezw. 28. Juni, die von ihnen gewünschte Einigung zustande kommt. Es handelt sich um beinahe 6000 Arbeiter. — Wegen Ablehnung ihrer Forderungen auf Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne sind in Düsseldorf die Leitergerüstbauer in den Streik getreten.

Der Generalstreik in Mailand ist tatsächlich zum Ausdruck gekommen. Nachdem aber die Behörden den Arbeitern weitgehendes Entgegenkommen gezeigt und namentlich die während des Streiks Verhafteten freigelassen hatten, wurde die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen. Die Aufnahme der Arbeit ist bereits erfolgt.

Ein neuer Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften soll von Rom aus geplant sein. Schon seit einigen Wochen gehen durch die Tageszeitungen Notizen, daß der Papst wiederum eine Kundgebung gegen die christlichen Gewerkschaften beabsichtigt. Dabei fällt auf, daß diese Nachrichten in der Presse aller politischen Parteien zu finden sind, mit Ausnahme der Zentrumspartei, die sich noch in tiefes Schweigen hüllt. Neuerdings heißt es, daß mehrere Vertreter der sogenannten Berliner Richtung, also der katholischen Hochabteilungen, während der letzten Krankheit des Papstes in Rom eifrig bemüht gewesen seien, einen neuen Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. In vatikanischen Kreisen seien diese Bestrebungen angeleitet der sehr schweren Krankheit des Papstes als eine pietätvolle Aufbringerleistung angesehen worden. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Berliner Richtung in Rom etwa in Ungnade gefallen sei oder ihr. Ideen an Sympathien verloren hätten. Denn die Treibereien sollen doch die Wirkung gehabt haben, daß man in einflussreichen Kreisen des Vatikans zu der Erkenntnis gekommen sei, daß mit der letzten Enzyklika den christlichen Gewerkschaften nicht bezugkommen und mit den konfessionellen Fesseln ihre Unterdrückung in Deutschland nicht zu erreichen sei. Deshalb beachtete man jetzt, die christlichen Gewerkschaften an ihrer empfindlichsten Stelle, der Streikfrage, zu treffen. Es ist bekannt, daß die sogenannten katholischen Hochabteilungen den Streik als Tot-sünde verurteilen, während die christlichen Gewerkschaften ihn im Kampfe um bessere Arbeitsverhältnisse nicht entbehren zu können glauben. Hier soll der Hebel angelegt werden.

Es wird behauptet, daß man in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften von jenen Treibereien Kenntnis habe, daß man aber den zu erwartenden Schritten Roms mit der größten Seelenruhe entgegenstehe. So muß man natürlich sagen. Sollte jedoch vom Papste tatsächlich ein neuer Vorstoß gegen die christliche Organisation nach der erwähnten Richtung unternommen werden, so würde das einen weiteren schweren Schlag bedeuten, der von den christlichen Gewerkschaften vielleicht noch merklicher gefühlt würde als die Enzyklika vom vorigen Jahre.

Zudem zeigen alle diese Dinge von neuem wieder, wie verfehlt es ist, wenn man in die Standesbewegung der Arbeiter Dinge hineinträgt, die damit nichts zu tun haben. Würde man das furchtbare Moment aus der Gewerkschaftsbewegung herauslassen, dann hätte auch der Papst nichts dreinzureden.

Verbändler als Streikbrecher. Die Verleumdung ist bekanntlich eine der Hauptwaffen, mit der

die Verbändler gegen Andersorganisierte ihren Kampf führen. Wie oft hat man nicht den Mitgliedern der Deutschen Gewerksvereine den Vorwurf gemacht, sie seien Streikbrecher! Und wenn die von jener Seite ausgehenden Lügen noch, so oft durch die Tatsachen widerlegt wurden, so hat man doch von dieser nichtswürdigen Kampfesweise nicht abgesehen. Dabei haben die „Genossen“ vor den eigenen Tieren gerade genug Schmutz liegen. Schon mehrfach haben wir Beweise erbringen können, daß gerade die Verbändler sich häufig als Streikbrecher gebrauchen lassen. Dafür können wir heute einen neuen Fall anführen, der in Nr. 22 des „Maschinist und Geizer“, also einem „freien“ Gewerkschaftsblatt, erörtert wird. Da werden Betrachtungen angestellt über die Lohnbewegung des Schifferpersonals an der Unterweier. Den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes wird darin folgendes nachgesagt:

„Zu bebauern ist, daß eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes nach deren Angaben mit Erlaubnis der Organisationsleitung als Obergeizer und Maschinisten-Assistenten die Stellen der Aussperrten besetzten und damit den Kampf ebenfalls bedeutend erschwerten, während die sonst noch in Frage kommenden freien Gewerkschaften strengste Solidarität übten.“

Es ist ein „freies“ Gewerkschaftsblatt, — das wollen wir noch einmal ausdrücklich betonen — das den Verbändlern hier den Vorwurf des Streikbruchs macht. Ja, die Organisationsleitung selbst soll sogar die Erlaubnis dazu gegeben haben. Das wäre allerdings das stärkste Stück. Aber gleichviel: Jedenfalls haben „Genossen“ Streikbruch verübt. Das muß man sich merken, wenn von jener Seite ungerechtfertigte Angriffe kommen. Wer im Glasbaute ist, darf nicht mit Steinen werfen.

Der 10. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat vom 16. bis 18. Juni in Dresden stattgefunden. Er gestaltete sich zu einer großen Kundgebung, an der auch zahlreiche ausländische Gäste teilnahmen. Von besonderem Interesse war der Vortrag eines Herrn August Babel über „Voraussetzung und Technik des Betriebes konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien“. Nach interessanter Schilderung der Entwicklung und des Standes der Einrichtung des eigenen Vereins kam Redner bezüglich der Fleischereien zu dem Schluß, daß solche auf breiter Basis gestellt, also als Großbetriebe mit allen Produktionszweigen errichtet werden müßten. Das Verlangen nach Uebernahme des Betriebs müßte von unten heraufkommen. Ein umfangreicher Verein mit bedeutendem Umlage müßte vorher schon vorhanden sein und mit einem Kapitalaufwande von rund einer halben Million Mark auf alle Fälle gerechnet werden. Notwendig sei es, für die Leitung weniger einen Sachmann als einen tüchtigen Kaufmann und überzeugten Genossenschaftler zu berufen. Für den inneren Betrieb gelte das Hauptprinzip: Kein Atom darf verloren gehen, denn darauf beruht der Erfolg. Die Produktion muß die reiflose Verwertung aller Nebenprodukte ermöglichen. Die technischen und hygienischen Einrichtungen müssen die vollkommensten sein. Menschliche Arbeitskraft muß geschont, die Maschinen soweit als möglich in Anspruch genommen, das Fleisch möglichst wenig mit Menschenhand in Berührung gebracht werden. Unerlässlich sind endlich eine genaue Spezialkontrolle, eine scharfe Kalkulation und eine sorgfältige Auswahl des Personals, namentlich für den Ladenbetrieb. Bezüglich der Molkereien gelte es, die Milchfäurer gegenüber den Produzenten in Einkaufsvereinigungen zu organisieren, um ungerechte Preisfestsetzungen zu verhindern. Seitens der Konsumvereine müssen gemeinsame Betriebsregulierstellen geschaffen oder deren Funktionen einer Konsumgenossenschaft übertragen werden. In den Zentralen sind genügende Einrichtungen zur Reinigung, Aufreicherung und Verarbeitung des Milchüberdusses zu schaffen. Die Vermittlung aller Milchprodukte ist eng zu verbinden, und die Mitglieder sind anzubahnen, aus dem Laden, nicht aus der heimbetriebartigen, teuren Sausspedition zu beziehen. Redner ermunterte zum Schluß die größeren Vereine, die Frage der Fleisch- und Milchvermittlung zu prüfen, sie bedeute einen wichtigen Fortschritt zum genossenschaftlichen Ziel und leiste den Mitgliedern einen außerordentlich guten Dienst.

Diese Ausführungen, die übrigens zu einer regen Diskussion führten, waren deshalb so interessant, weil die diesbezüglichen Versuche in Deutschland bisher als gescheitert angesehen werden können. Umso mehr Beachtung werden die auf praktische Erfahrung beruhenden Darlegungen finden.

Natüremäßig kam auf dem Verbandstage auch die Frage der „Volksfürsorge“ zur Sprache, die ja von dem Zentralverbande der Konsumvereine und den Gewerkschaften gemeinschaftlich ins Leben gerufen worden ist. Herr v. Elm gab einen Bericht über die Vorarbeiten und den Stand der Dinge und verwahrte sich bei dieser Gelegenheit nochmals gegen den Vorwurf, daß es sich um eine sozialdemokratische Einrichtung handele. Wir wollen mit dem Herrn darüber nicht rechten. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen ist es für uns klar, daß die ganze Einrichtung sicherlich den Nebenweck verfolgt, den sozialdemokratischen Bestrebungen in Volk weiteren Boden zu verschaffen.

Ueber das Glend der Einwanderer in Amerika gibt ein amtlicher Bericht Kunde, den das kürzlich eingerichtete Bureau des Arbeitsamts des Staates New York veröffentlicht hat. Nach dem Ergebnisse der Volkszählung sind in dem Zeitraum 1901 bis 1910 in die Vereinigten Staaten etwa 5 Millionen Menschen eingewandert, von denen nahezu ein Viertel in dem Staate New York verblieben. Das hat natürlich starke Einwirkungen auf die sozialen Verhältnisse, jedoch eben jenes besondere Bureau beim Arbeitsamt eingerichtet wurde. Nach dem amtlichen Berichte fehlt jede Behörde für Arbeitsvermittlung oder doch wenigstens zur Ueberwachung der privaten Arbeitsvermittlung. Das Gesetz, das sich auf die Tätigkeit der letzteren bezieht, findet in jeder Stadt eine den Fähigkeiten und Anschauungen des Bürgermeisters entsprechende Anwendung, ungeachtet der Tatsache, daß die Deckung der Arbeitsnachfrage von Stadt zu Stadt und von Staat zu Staat erfolgt. Weiter bildet das Zusammenarbeiten von Schiffahrtsagenten, Einwandererherbergen, Kommissionären, Gepäck- und Drochkontrollanten durch das ganze Land ein geradezu ertausliches System zur Ueberverteilung der Einwanderer von der Heimat bis zu ihrem Wanderziel. In den sogenannten Arbeiterlagern und Arbeiterkolonien werden die Fremden schlechter behandelt, sowohl was ihre Unterbringung als auch die Fürsorge für ihre Gesundheit, ihren Lebensunterhalt und ihre Arbeitsbedingungen anlangt. Ueberall werden ihnen Beschränkungen auferlegt. Im Interesse der Arbeitsvermittlung, welche sie zur Arbeitsstelle liefern, werden ihnen Lohnabzüge ohne ihr Wissen oder ihre Einwilligung gemacht, im Falle ihrer Erkrankung oder bei ihrer Verlorung mit Lebensmitteln werden sie auf schlimmste ausgebeutet. Bei Unfällen und Verletzungen sind die eingewanderten Arbeiter der weiteren Ausbeutung durch Anwälte und deren Kommissionäre und Agenten ausgeliefert, welche sie zu Prozessen ermutigen, die meist nur hohe Anwälte und die Zahlungsunfähigkeit des Einwanderers stellen.

Für viele Europäer ist Amerika das Land des Segens, wo sozusagen das Geld auf der Straße liegt. Tatsächlich sind die Verhältnisse anders, und mancherlei Warnungen der letzten Jahre zeigen ebenso wie der obige Bericht, daß Arbeiter, bevor sie sich zur Auswanderung nach Amerika entschließen, sich die Sache recht reiflich überlegen sollten, denn vielfach sind die sozialen Zustände jenseits des Ozeans ungleich viel schlechter als bei uns.

Gewerkevereins-Teil

Berlin. Für das Brauereigewerbe existierte hier bisher ein Arbeitsnachweis des Vereins der Brauereiarbeiter Berlins und der Umgegend. Dieser Arbeitsnachweis ist jetzt in einen partiiischen umgewandelt worden. Zu seiner Verwaltung wurde an die Spitze ein Kuratorium gesetzt, dem 6 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer angehören. Auch der dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine angeschlossene Brauereigewerksverein und die Gruppe der Brauereiarbeiter des Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter haben natürlich ein lebhaftes Interesse an der Zusammenfassung dieses Kuratoriums und hatten als Vertreter den Kollegen Will, als jene Stellvertreter die Kollegen Wrede und Lindner vorgeschlagen. Diese Vorschläge wählten aber den „Genossen“ nicht, und sie verteidigten sich darauf, daß die Kuratoriumsmitglieder im Arbeitsverhältnis stehen müßten. Die nach dem Statut gebrauchten Untere Kollegen werden nun in ihrer nächsten Sitzung die Vertreter wählen.

Ein eigenartiges Licht auf die Verbändler wirft ihr Verhalten bei der Besetzung der Arbeitsvermittlung. Einer dieser Posten wird von den Arbeitgebern, der andere von den Arbeitnehmern besetzt. Der bisherige Vermittler ist bereits 13 Jahre im Dienst. Er hat seine Pflicht durchaus getan, sich niemals etwas zuschulden kommen lassen. Aber er war den „Genossen“ nicht gefinnungsgetreu genug, und so wurde beschloffen, ihn nicht mit zu übernehmen, sondern ihn zu kündigen. Ein Ersatzmann für ihn war vorher schon aus dem Brauereiarbeiterverbande gewählt worden. Die Bemühungen unserer Kollegen, den Vermittler auf seinem Posten zu belassen, waren vergeblich, da auch die Unternehmervertreter sich auf Seiten der Genossen stellten, indem sie erklärten, daß die Arbeiter das Recht hätten, aus ihren Reihen den zu wählen, den sie für geeignet halten.

Duisburg. Es geht also doch! Wie oft haben nicht schon die Deutschen Gewerksvereine auf ihren Verbands- und Delegiertenversammlungen zu dem leidigen Werkpensionsstufenwesen, besonders in der Schwerindustrie Stellung genommen! In Resolutionen und Petitionen sind die Wünsche der Arbeiter präzisiert und der Öffentlichkeit übergeben worden, um kundzutun, welche schweren Fesseln durch den Zugang zum Beitritt in diese Klassen dem Arbeiter beim Austritt seines Arbeitsverhältnisses angelegt werden. Bittere Klagen wurden und werden vorgelegt noch laut, wenn beim Austritt aus der Beschäftigung alle geleisteten Beiträge den Klassen verbleiben und kein Pfennig zurückgezahlt wird. Besser bezahlte und gute Arbeitsstellungen bei anderen Arbeitgebern können dadurch nicht angereizt werden, weil auf Grund der jahrelang gezahlten Beiträge, eventl. auch wegen der durch zurückgelagerte Ratenzahlungen Pensionsberechtigungen der Arbeiter es sich erst dreimal überlegt, ob er seine erworbenen Rechte aufgeben will. Alle Bemühungen, wenigstens einen Teil der eingezahlten Gelder zurück zu erhalten, waren bisher vergeblich. Klagen gegen solche Pensionskassen, selbst bis zur höchsten Instanz, waren erfolglos.

Nicht endlich ist auf der Hütte „Blöniel“ in Duisburg-Austritt geregelt worden, daß es möglich ist, wenigstens einen Teil der eingezahlten Beiträge beim Ausscheiden aus dem Dienste zurück zu erhalten. Der Krankentafelvorstand, welcher gleichzeitig Vorstand der Pensionskasse ist und nur aus Gewerksvereinsmitgliedern besteht, hat mit Zustimmung der Direktion die Satzungen wie folgt geändert:

Jedes nach 10jähriger Mitgliedschaft auscheidende Mitglied, welches die Mitgliedschaft nicht freiwillig fortsetzt, erhält 50 Proz. der selbstgezahlten Beiträge zurück, gleichgültig, ob der Austritt aus dem Dienste der Gesellschaft freiwillig oder unfreiwillig, ohne oder mit Verschulden erfolgt.

Das ist zwar nicht alles, was die Arbeiter in dieser Hinsicht verlangen, sondern nur ein Bruchteil. Trotzdem ist es ein großer Erfolg, der auf das Konto der Deutschen Gewerksvereine zu setzen ist. Sie können wiederum, wie so oft auf anderen Gebieten, für sich das Recht in Anspruch nehmen, als die ersten in der Werkpensionsstufenfrage in der Schwerindustrie eine ganz gewaltige und bis jetzt fast unumgänglich erscheinende Verbesserung durchgeführt zu haben.

Klagen, merkt Euch dies! Meist überall und bei jeder Gelegenheit auf diesen Erfolg der Gewerksvereine auf der Hütte „Blöniel“ in Duisburg-Austritt hin, denn hier hat sich wieder einmal bewährt, daß dort, wo die Gewerksvereine tätig sind, der Nutzen für die Arbeiter nicht ausbleibt. Solche Erfolge sollen aber auch für alle Kollegen ein Ansporn sein, für die Stärkung unserer Reihen mit aller Energie einzutreten.

Verbands-Teil.

Alltägliche Bekanntmachung.

An alle Ortsverbände und Ortsvereine!

Bereits in Nr. 43 des „Gewerksverein“ wiesen wir auf die Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte am 18., 19. und 20. September in Leipzig hin.

Die Tagung wird sich hauptsächlich mit der Frage des Arbeitsvertrages und der Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts beschäftigen. In Berücksichtigung unserer Stellung zum Arbeitsrecht ist diese eine für die Gewerksvereine überaus wichtige Tagung. An unsere Kollegen, die als Beisitzer an Gewerbegerichten fungieren, richten wir daher die dringende Bitte, die betreffenden Gewerbegerichte zur Entsendung von Vertretern anzuregen und die Übernahme der Kosten für diese Entsendung zu beantragen. Wo Kollegen nicht entsandt werden, müssen Ortsverbände oder Ortsvereine den Versuch machen, für einen Gewerbegerichtsbeisitzer aus untern Kreisen die Kosten selbst aufzubringen.

Die Adressen der Teilnehmer an den Verhandlungen sind dem geschäftsführenden Ausschuss mitzuteilen, damit wir uns mit diesen Kollegen in Verbindung setzen können.

Auch an die Bezirksbeamten und Agitationsleiter richten wir das dringende Ersuchen, im Sinne obiger Bekanntmachung in den Ortsvereinen zu wirken.

Mit kollegialem Gruß
Der geschäftsführende Ausschuss:
F. Reustedt, Verb.-Sekretär.

Besammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr wagnolse Zusammenkunft im Verbandshaus. — **Gewerksvereins-Zientertafel (G.-Z.)** 3 den Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Lebnngsstunde i Verbandshaus d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal) Gäste will. —

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreter. — **Eintracht** (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat bei Hofmann, Sandowstr. 42. — **Deutscher Gewerksvereins-Vereinsklub** (D.G.V.-V.) jeden Mittwoch, abds. 8 1/2—11 Uhr Lebnngsst. i. Vereinskl. „Kasan“, Marktstr. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertretertagung bei Roggenkämper, Elberfeld, Vulkanstr. und Erholungsstr. — **Frankfurt a. O.** (Gewerksvereins-Sängerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Lebnngsstunde im Vereinslokal, Niddstr. 16. Verbandskollegen heral. willkommen! — **Geisenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretertagung. Jeder ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Diskussionsstunde im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haarlem** (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Lubewig. — **Hamburg** (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr in

Restaurant „Biehhof“, Lagerstraße 2. Diskussionsabend. — **Hamburg** (Gewerksvereins-Vereinsklub). Jeden Donnerstag Lebnngsst. b. Thöner in Altona, Altonaerstr. 48-50. — **Serau** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. W. W. Ruhe, Bahnhoff, gegenüb. der evang. Kirche. — **Verloren**. Diskussionsabend jeden 2. Mittwoch bei G. P. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertretertagung in der bez. Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerksvereins-Vereinsklub). Die Lebnngsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim a. Ruhr**. Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr. Vertreter. Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Köder, Sandstraße 83. — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Lebnngsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Berlin, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskussionsklub. Sitzung jed. Freitag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter 1. Bredow. — **Ziegel** (Diskussionsklub für Ziegel, Porzellan- u. Steinindustrie). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Salpeterstraße 28, Cafe Schönebergstraße. — **Thorn** (Väder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauwerk 62. — **Uckermark** a. Umg. (Ortsverband). Sonntag, den 29. Juni nachmittags 2 1/2 Uhr Sitzung in Hoppenwalde. Tages-Ordnung: Agitation und Agitationsstr. — **Weiskensfeld a. S.** (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerksvereine). Lebnngsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. Besammlende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Weiskensfeld** (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singkurse im Verbandshaus „Reinhold“.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Abrechnungsbericht.

Greifswald (Ortsverb. der Fabrik- u. Handarbeiter). B. Stöwland, Schriftführer, Bienenstr. 79 II.

Literatur.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Wer die Anknüpfung im Französischen, Englischen und Italienischen beizt und sich in der betreffenden Sprache zu üben und leicht zu fördern wünscht, dem seien diese drei Blätter warm empfohlen. Sie bringen mannigfaltigen Les- und Lehrstoff und berücksichtigen besonders die Unterhaltungsprache. Bald belehrend, bald unterhaltend oder beizend, können sie unbeschwerlich der Jugend vorgelegt werden. — Probennummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Briefkasten.

Loswen. Der Inhalt des Zeitungsausschnittes ist nicht klar. Uns ist blos eine Verordnung vom 9. August 1909 betreffs Ausführung des Stempelsteuergesetzes bekannt, die aber nicht in Frage kommen kann. Sollte es sich bei den von Ihnen erhobenen Steuern nicht um rein örtliche Abgaben handeln? Das beste wäre es, wenn Sie sich einmal an das dortige Stempelsteueramt wenden würden. Ueber den Ihnen von dort erteilten Bescheid geben Sie uns kurze Mitteilung.

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Dankagung.

Für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit in so überaus reichem Maße zuteil gewordenen Glückwünsche und Ehrungen gestatten wir uns auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank auszusprechen.
Berlin, im Juni 1918.
Herrn Hartmann und Frau.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.**

Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 18. bis 45. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.

Bekanntes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Hochbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

FAHNEN

Abzeichen u. sämtl. Verbandsbedarf zu billigen Preisen.
Th. Berkop, Oppeln.

Rödingsberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgefest von 1 Mk. beim Ortsverbandsvorsitzenden Fr. Benthur, Borsdore Vorstadt 58.

Wipola (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Hofanerkent. bei ihr. n. Ortsvereinskassieren, Kollegen, deren Ortsverb. nicht vertreten, bei G. Krndt, Köntgstr. 21.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüzung bei G. Schable u. G. Se in G. Schable.

Wesenskirchen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgefest von 75 Pfg. beim Kass. Wilhelm Mayer, Josephstr. 30.

Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufe erhalten Nachquartier und Verpflegungs-Karten hieru bei Carl Hebel, Heisenstr. 39 a II.

Zur Feier

von

Stiftungsfeiern, Mitgliedsjubiläen usw.

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:

das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts

Dr. W. Girsch,

künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x68 cm groß, zum Preise von

15 Mk. portofrei.

Ferner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellerte Büste des Verbandsanwalts zum Preise von 9 Mk. für Berlin, und für auswärts mit bahnfertiger Kistenverpackung

12 Mk., ohne Frachtkosten.

Zum Wohnungsverbrauch für Verbandsangehörigen sind noch vorrätig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pfg.

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-28 eingekandt werden.